

Argumente für die Krankenkassen Initiative – JA am 19. Mai!

1. Worum geht es?

Die Krankenkassen-Initiative der CVP fordert, dass die Verfassung des Kantons Basel-Stadt (§ 61. Abs. 1^{bis}) wie folgt ergänzt wird:

«Selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton Basel-Stadt angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.»

Soweit sie selbst bezahlt werden, sollen die obligatorischen Prämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Genauso wie dies auch bei den übrigen obligatorischen Versicherungen (AHV, BVG etc.) der Fall ist. Dabei kann die Abzugsfähigkeit limitiert sein auf die günstigste im Kanton angebotene Grundversicherungsprämie.

2. Warum braucht es die Initiative?

Laut dem aktuellen Sorgenbarometer machen die Krankenkassenprämien den Einwohnerinnen und Einwohnern von Basel mit Abstand die meisten Sorgen. Seit Jahren zahlen wir in unserem Kanton die schweizweit höchsten Prämien. Für 2019 liegt die **Durchschnittsprämie für Erwachsene bei 602 CHF**.

Bei Versicherten mit wenig Einkommen werden die Prämien entweder von der Sozialhilfe übernommen oder die Betroffenen erhalten entsprechende Ergänzungsleistungen. Für einen weiteren Personenkreis gibt es das Instrument der individuellen Prämienverbilligungen (IPV). Die IPV sinken jedoch mit steigendem Einkommen sehr rasch.

Die entsprechenden Einkommensobergrenzen sind so festgelegt, dass die sonst schon stark belasteten Haushalte mit mittleren Einkommen oft aus dem Raster für IPV fallen. Es profitieren davon tiefere Einkommen, welche schon von anderen Vergünstigungen und Unterstützungen profitieren können und oft zusätzlich ganz von der Steuerpflicht befreit sind (ungefähr jede vierte Person in Basel zahlt keine Steuern). **Das bedeutet, dass es Haushalte und Familien gibt, welche nicht in den Genuss von IPV kommen und auch sonst kaum von Unterstützungsleistungen profitieren können, aber gleichzeitig voll steuerpflichtig sind.**

3. Wer profitiert?

Alle, die ihre Prämien (zumindest teilweise) selber zahlen. Am meisten profitieren diejenigen, die ihre Prämien vollständig selber zahlen, keine staatliche Unterstützung erhalten und Steuern zahlen.

Eine grosse Entlastung bringt die Initiative beispielsweise für Familien mit Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren, die in Ausbildung sind, daheim leben. Die Prämien für junge Erwachsene sind hoch und können einen Familienhaushalt stark belasten.

Für Senioren bringt ein steuerlicher Abzug der Prämien ebenfalls eine spürbare Entlastung. Die finanzielle Situation verschlechtert sich oft mit der Pension, die Prämien bleiben aber hoch und belastend. Ein JA zur Krankenkassen-Initiative schafft auch hier Abhilfe.

4. Was kostet das den Kanton?

Da der abzugsfähige Betrag auf die günstigste im Kanton angebotene Grundversicherungsprämie begrenzt werden kann, wird auf die Kantonsfinanzen Rücksicht genommen. Im Sinne der Initianten belaufen sich die Kosten auf maximal 30 bis 80 Millionen Franken. Der finale Betrag ist abhängig von der Umsetzung durch das Parlament.

Keine 200 Millionen! Regierungsrätin Eva Herzog behauptet, die Initiative würde 200 Mio. Franken kosten. Sie geht dabei aber von Annahmen aus, die nicht im Sinne der Initianten sind. Sie rechnet z.B. mit dem Abzug der teuersten Prämie. Eine Forderung, welche die Initianten nicht stellen.

Die Regierung selber hat 2016 eine Kalkulationsbasis geliefert. Je nach Versicherungsmodell und Franchise berechnete sie **damals Steuerausfälle zwischen ca. 30 und 80 Mio. Franken.**

Diese Kalkulation berücksichtigte nur Prämienabzüge für Erwachsene. Die Initianten möchten Kinderprämien aber ebenfalls abzugsfähig machen, was die Kosten erhöht. Andererseits wird mit der im Februar 2019 angenommenen Steuervorlage der Versicherungsabzug erhöht, was die damals kalkulierten Kosten reduziert, da dieser Anteil schon umgesetzt wird. Rechnerisch heben sich diese beiden Effekte auf, womit die Kosten bei den von der Regierung berechneten 30 bis max. 80 Mio. Franken bleiben.

In den letzten 10 Jahren hat der Kanton jährlich Überschüsse zwischen 85 und 280 Mio. Franken gemacht. Also mehr Steuern einkassiert als benötigt. Im gleichen Zeitraum sind die Krankenkassenprämien im Schnitt um rund 50% gestiegen.

5. Die Prämien steigen jährlich, bedeutet das nicht steigende Steuerausfälle?

Ja. Es ist tatsächlich so, dass die Krankenkassenprämien leider jährlich steigen. Der dynamische Effekt des steuerlichen Abzugs führt also dazu, dass die steuerlichen Mindereinnahmen ebenfalls jährlich steigen werden. Laut Regierungsrat würde diese Dynamik zu einem zusätzlichen steuerlichen Ausfall von circa 5 Mio. Franken pro Jahr führen. **Diese Kosten sind definitiv tragbar. Zudem steigen die Steuereinnahmen ebenfalls jährlich** und der Kanton schliesst seit fast 15 Jahren ständig positiv ab.

Zudem ist dieser Effekt ein Beweis dafür, dass die Entlastung für die Bevölkerung eine richtige Entlastung ist: Wenn die Belastung steigt, steigt auch die Möglichkeit diese zu mindern mit einem tatsächlichen steuerlichen Abzug.

6. Wieso bringt die CVP die Initiative vors Volk?

Um die Annahme des Basler Kompromisses zur Steuervorlage 17, der am 10. Februar 2019 zur Abstimmung kam, zu fördern, hat Regierungsrätin Eva Herzog einen Deal mit allen im Grossen Rat vertretenen Parteien ausgehandelt. CVP Parteipräsident Balz Herter und Fraktionspräsidentin Andrea Knellwolf haben versprochen sich für einen Rückzug der Initiative beim Initiativkomitee einzusetzen.

Nachdem der Basler Kompromiss, wofür sich die CVP auch eingesetzt hat, vom Volk angenommen wurde, musste sich das Initiativkomitee entscheiden, wie es mit der Initiative weitergehen soll. **Balz Herter und Andrea Knellwolf haben sich beim Komitee für den Rückzug eingesetzt, sind aber der Mehrheit unterlagen.** Das Initiativkomitee ist der Meinung, dass das Volk in dieser Frage, die schon mehrere Male aufgebracht wurde, das letzte Wort haben sollte.

- ✓ **Bezahlen Sie Ihre Krankenkassenprämien selber?**
- ✓ **Bekommen Sie keine (oder nur teilweise) Prämienverbilligungen?**
- ✓ **Bezahlen Sie Steuern?**
- ✓ **Belasten Ihre Krankenkassenprämien Sie stark?**
- ✓ **Sind Sie der Meinung, dass der Kanton sich bei einem Überschuss von 283 Mio. Franken den Abzug leisten kann?**

Dann stimmen Sie am 19. Mai JA für die Krankenkassen-Initiative!